

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdenerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffetten und J. B. v. Schweizer.

**Abonnements-Preis** für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. südd., fl. 1. 50. österr. Währ.) pro Quartal.

**Bestellungen** werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Spediteur, von der Expres-Kompagnie, Spandauerbrücke 3, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. **Inserate** (in der Expedition anzugeben) werden pro dreizehnpaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Die reine Demokratie und die Social-Demokratie.

III.

Die nichtbesitzende Klasse ist sich, sobald sie zum Klassenbewusstsein gekommen, sobald sie ihr Klasseninteresse erkannt hat, darüber vollkommen klar, daß die Erfüllung ihrer persönlichen Entwicklung und tatsächlichen Gleichstellung mit der besitzenden Klasse nicht erwartet werden kann von der bloß abstracten Anerkennung des Princips der Gleichheit und der Volkssouveränität, von der Idee der reinen Demokratie.

Sie begreift vielmehr, daß sie suchen muß, sich einen überwiegenden Einfluß auf die Staatsgewalt zu verschaffen, um dieselbe im Sinne ihres Klasseninteresses in Thätigkeit zu setzen, d. h. sie zur Verbeiführung der Möglichkeit zu veranlassen, in gleicher Weise wie die besitzende Klasse von der Gütererzeugung, vom industriellen Erwerbe, Nutzen zu ziehen, oder mit anderen Worten, den vollen Ertrag der Arbeit zu genießen, kurz, aus dem Nichtbesitz zu Besitz zu gelangen und damit die Klassen-gegenstände verschwinden zu machen.

Danach gestalten sich denn auch, wie schon früher hervorgehoben worden, ihre Anforderungen an die Verfassung und an die Verwaltung des Staates sehr verschieden von den Forderungen der besitzenden Klasse an dieselben.

Zunächst für die Verfassung: Uebereinstimmend mit dem Princip der reinen Demokratie (nicht zu verwechseln mit dem Streben der besitzenden Klasse, welche, wie wir gesehen haben, das rein-demokratische Princip nicht gelten läßt) erkennt auch die Social-Demokratie, erkennt auch die nichtbesitzende Klasse als alleinige Grundlage der Theilnahme am Staatswillen die reine Persönlichkeit, unabhängig von jedem Maße des Besitzes, an.

Ihre erste Anforderung an die Verfassung ist daher das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht mit geheimer Abstimmung, in seiner Anwendung nicht etwa bloß auf die Volksvertretung, sondern in allen Gebieten des Staatslebens.

Die zweite Forderung dieser Klasse in Beziehung auf die Verfassung besteht in der unmittelbaren Beherrschung der höchsten Organe der Staatsgewalt.

Es ist dies eine Forderung, die sich sofort erklärt, wenn man beachtet, daß die nichtbesitzende Klasse die Staatsgewalt nur als Mittel zum Zweck der Benutzung zur socialen Gleichstellung mit der besitzenden Klasse auffassen muß und daß ferner, je selbstständiger die höchste Staatsgewalt ist, sie, in Folge des conservativen Charakters jeder Art von Regierung, desto mehr die Tendenz haben wird, die Erhaltung des Besitzes über die Erhebung des Nichtbesitzes zu stellen.

Das Interesse der nichtbesitzenden Klasse verlangt daher möglichste Unselbstständigkeit der höchsten Staatsgewalt, indem diese so wenig wie möglich in Einer Person vereinigt sein und so wenig wie möglich von persönlicher Selbstthätigkeit bestimmt werden soll.

Die nichtbesitzende Klasse wird daher für gewöhnlich keinen Präsidenten, und am allerwenigsten einen unverantwortlichen Präsidenten an der Spitze der Regierung haben wollen, sondern weit lieber einen wählbaren und zugleich verantwortlichen Ausschuß zur Leitung der höchsten Staatsgeschäfte, d. h. lediglich zur Ausführung der Beschlüsse, welche allein von der Volksvertretung gefaßt werden.

Als dritte und letzte Anforderung der nichtbesitzenden Klasse an die Verfassung erheischt das Interesse derselben die Ernennung verantwortlicher Minister durch die Volksvertretung, nicht durch die Staatsgewalt, womit diese gänzlich wieder in das Volk zurückfällt und dieses den Staat vollständig beherrscht, Staat und Gesellschaft sich gegenseitig decken.

Schroff also und gegensätzlich stehen, wie wir gesehen haben, die Anforderungen des Nichtbesitzes an die Verfassung denen des Besitzes gegenüber, noch schroffer und gegensätzlicher die gegenseitigen Forderungen an die Verwaltung.

Hierüber im nächstfolgenden Artikel.

## Politischer Theil.

### Deutschland.

\* Berlin, 22. Jan. [In der Elberzogerthümerfrage] sehen nach „Daily News“ Conferenzen bevor, „bei denen England sich zu betheiligen kaum ablehnen würde.“

— [Ueber die wahre Stimmung des Volkes gegenüber der parlamentarischen Fortschrittscomdie] schreibt ein hiesiger Correspondent dem radical-demokratischen Mannheimer deutschen Wochenblatte Worte, die uns aus der Seele gesprochen sind. Sie lauten:

Es gab eine traumschöne, kindliche Zeit, wo das Volk an die fortschrittliche Mythologie glaubte, den Verfassungskonflikt für ein „Missverständnis“ hielt und jeder Kammereröffnung mit hoffendem Herzklopfen entgegen sah, weil es der Ueberzeugung lebte, der König würde die Thronrede benutzen, um die durch den dämonischen Einfluß der Minister bisher zurückgedrängte Sehnsucht nach „Frieden mit seinem Volk“ endlich zum Durchbruch kommen zu lassen und dem Abgeordnetenhaus den Delzweig zu reichen. Sogar im vorigen Jahr entdeckten wir noch verschiedene Leuten mit kräftigem Glauben und schwachem Denkermögen, die sich in ähnlichen Hoffnungen wiegten. Indes Alles hat seine Grenzen, selbst deutscher Vertrauensbussel. Diese traumschöne kindliche Zeit liegt hinter uns; Niemand erwartete bei Eröffnung der neuen Session einen angenehmen überraschenden Theatercoup, zumal man durch die offizielle Presse er-

fahren hatte, daß der König es nicht der Mühe werth erachte, die Thronrede eigenhändig zu verlesen.

Es gab auch eine traumschöne, kindliche Zeit, wo das Volk an die Allmacht des Wortes und der Worthelben glaubte, wo es den Verfassungsparagraphen A J 3 eine geheimnißvoll unwiderstehliche Gewalt beimah und der „seltsamsten Ueberzeugung“ lebte, falls der dämonische Einfluß der Minister nicht durch den König selbst gebrochen werden könne, bräuchten die Abgeordneten nur besagte Paragraphen A J 3 recht oft und mit recht lauter Stimme herzubeklamen — und das Bismarck'sche Jericho werde in Trümmer sinken, und der von dem bösen Mann befreite König seinem Volk selig an die Brust sinken. Ach! Alles hat seine Grenzen, — gleich dem deutschen Vertrauensbussel auch der deutsche Glaube an die Allmacht des Wortes und der Worthelben. Diese traumschöne kindliche Zeit liegt hinter uns; Niemand erwartete von der neuen Session ein Bortmirakel.

Es gab ferner eine traumschöne kindliche Zeit, die der soeben beschriebenen unmittelbar folgte, wo das Volk in seinen Worthelben Männer erblickte, Männer, die, wenn es noththue, wenn das Wort sich nicht allmächtig bewähre, fortschrittlich vom Wort zur That fortschreiten und, müthig vorgehend, den Weg zum Sieg zeigen würden. Ach! den fruchtlosen Worten sind keine Thaten nachgekommen, und Alles hat seine Grenze, — gleich dem deutschen Vertrauensbussel und dem deutschen Glauben an die Allmacht des Wortes, auch der deutsche Personenkultus.

Frenen wir uns darüber und schöpfen wir daraus die Ueberzeugung, daß noch so Manches ein Ende nehmen wird und schließlich Wahrheit und Recht triumphiren werden über Humbug und Gewalt.

— [Ueber die erste Scheidung der Parteien im preuß. Abgeordnetenhaus] schreibt sehr treffend „der Bote vom Niederrhein“:

Die Parteien haben sich gemessen; die Frage der Budgetberatung ist entschieden und es hat sich gezeigt, daß weitaus die Mehrheit des Abgeordnetenhauses aus Gothaern besteht. Graf Schwerin will keine Ueberstärkung, Sneyk wittert einen extremen Schritt in dem Antrag auf Vorberatung, und Waldeck — nun, weshalb sollen wir Waldeck nicht in dieser Gesellschaft nennen? Waldeck meint, es sei Alles in Ordnung, es sehe vortrefflich, und sei gar kein Grund, anders zu verfahren als früher. Man muß dem Alten lassen, daß er consequent ist. Er hat immer gewünscht, daß der Conflikt „chronisch“ (andauernd) würde, und er hat stets die Ansicht vertreten, daß nur durch einen jahrelangen Kampf um die Verfassung das Bewusstsein der Volksrechte tief genug in das Volk dringen könnte. Waldeck ist ein unverbesserlicher Doctrinär; er sieht und hört nichts von dem, was im Lande vorgeht — Beweis: seine Rede in der Coalitionsfrage und sein Verhalten in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Da hat er gut consequent bleiben. Mit all seiner Consequenz war er eben doch früher Demokrat und ist jetzt Gothaer, weil die Anwendung desselben politischen Lehrsatzes auf verschiedene Verhältnisse eine ganz verschiedene Bedeutung hat. — Löwe hat die Lage des Landes am richtigsten bezeichnet, aber man begreift nicht, wie ein Mann bei so klarer Einsicht immer noch hoffen kann, mit der bürgerlichen Aristokratie ans Ziel zu kommen. Löwe hat das große Wort gesprochen, daß die Abgeordneten jetzt „Ihr Testament machen“; die Herren haben aber vergessen, für einen Executor zu sorgen.

„Lasset die Todten ihre Todten begraben!“

— [Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“] beginnt ihren Leitartikel mit den Worten: „In der Fortschrittspartei circulirt nachstehender Aufruf: Nun folgt die Aufforderung Prim's zur Revolution, mit Hinweglassung des Namens und Verdrückung einiger Ausdrücke. Diese Proclamation schiebt sie dem Präsidenten Gradow unter und bringt erst am Schlusse des Artikels die Enthüllung, daß Prim das Actenstück verfaßt habe! Abgesehen davon, daß das Denunciatorische dieses Versahrens sich selbst verurtheilt, (wenn nämlich wirklich Etwas zu denunciren wäre) können wir nicht begreifen, wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ sich darin gefallen kann, Fortschrittler wie den Präsidenten Gradow zu Revolutionären zu stempeln. Fällt ihnen ja gar nicht ein. Im Gegentheile fürchtet die Mehrzahl derselben, mit nur wenigen Ausnahmen, nichts mehr, als eine Revolution.

— [Verhaftung des Herrn R. Schlingmann.] Wie gemeldet wird, ist der hiesige Verlagsbuchhändler Herr R. Schlingmann behufs Antrittes einer zweimonatlichen Strafhaft am 19. d. M. verhaftet worden. Die Verhaftung erfolgte unmittelbar auf den Eintritt der Rechtskraft des Urtheils und bevor noch der Verurtheilte davon Kenntniß erhalten hatte. Nach einer uns eben zugehenden Nachricht wäre derselbe bereits gestern wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

— [Preussische Preschicksale.] In Ebersfeld ist der verantwortliche Redacteur des zu Langenberg erscheinenden „Zeitungsboten“, Herr Julius Jost, vom Zuchtpolizeigericht wegen des Aufftrages in Nr. 85. „Kassale und Schulge-Deliquenz“ zu einer Geldbuße von 5 Thln. verurtheilt, auf angelegte Berufung hin, am 12. d. M. von der Appellkammer freigesprochen worden. Gegen den Redacteur May ist eine neue Untersuchung in Perleberg angestrengt. Der Termin zur Verhandlung steht auf den 26. d. M. an; im Falle May nicht erscheinen werde, ist demselben zwangsweise Gefängnis angeordnet. Der Oberstaatsanwalt hat gegen die frühere Freisprechung May's Seitens des Perleberger Kreisgerichts appellirt und ist die zweitinstanzliche Verhandlung wegen Majestätsbeleidigung vor dem Berliner Kammergericht auf den 23. d. M. angelegt worden.

\* **Essen**, 21. Jan. [Zur Agitation gegen den Census bei Gemeindevahlen] enthält die letzte Sonntagsnummer des von Dr. Lange redigirten „Boten vom Niederrhein“ nachstehenden Aufruf „an die Arbeiter von Essen und Umgegend“:

In ganz Europa beginnt sich der Arbeiterstand zu regen, um durch vereinte Kraft auf dem Wege des Gesetzes ein besseres materielles Loos und volle bürgerliche Gleichberechtigung mit allen andern Berufsständen zu erlangen. In England, wo die Lebermacht des Kapitals lange Zeit am drückendsten war, wird das Coalitionrecht in immer größerem Maßstabe zum Vortheil der arbeitenden Klasse angewandt und in zahlreichen Volksversammlungen wird das allgemeine Wahlrecht verlangt. Selbst in dem so schwer unterdrückten Frankreich haben die Arbeiter bereits eine Besserung der Gesetzgebung zu ihren Gunsten erlangt und harren des Tages, der ihnen ein volleres Maß der Freiheit bringen wird. Jenseits des Oceans kämpfen die Arbeiter unter dem Schutz der freien Gesetzgebung der Vereinigten Staaten jetzt für die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden. Leider sind wir von einem solchen Fortschritt in Deutschland noch weit; aber doch ist in allen Theilen unseres großen Vaterlandes wenigstens der unerlässliche Anfang zu einer Besserung gemacht, indem die Arbeiter begonnen haben, über ihre Lage nachzudenken, die ihnen fehlenden Rechte zu fordern und sich durch Vereine und Genossenschaften so weit selbst zu helfen, als es die engen Schranken unserer bestehenden Gesetzgebung zulassen. Arbeiter von Essen und Umgegend! Duldet nicht länger, daß man von eurer weitberühmten Industriestadt sage, daß sie allein in dieser großen, gemeinamen Sache zurückstehe. Betheiligt euch schaaarenweise an der bevorstehenden Versammlung und unterstützt jedes zweckmäßige Mittel, das Euch zur Besserung Eurer Lage vorgeschlagen wird. Laßt Euch nicht dadurch abschrecken, daß der Erfolg noch in weiter Ferne steht. Einmal muß angefangen werden und wenn auch Generationen vergehen sollten, bevor sich der Arbeiterstand in der ganzen civilisirten Welt eine wahrhaft menschenwürdige Stellung errungen hat, so wird doch kein wackerer Mann bei dieser Arbeit zurückstehen wollen. Noch freis hatten solche Bestrebungen, die ohne alle Verabredung in den verschiedensten Ländern mächtig und immer mächtiger austraten, einen großen geschichtlichen Beruf. So ist es jetzt mit der allgemeinen Arbeiter-Bewegung und darin liegt die Bürgschaft für einen schönen, wenn auch schwer zu erringenden Erfolg.

## Ausland.

\* **Paris**, 20. Jan. [Tagesbericht: Ministerrath. Preschicksale. Gutachten über das Genossenschaftswesen.] Heute Nachmittag wurde in einem außerordentlichen Ministerrath, welchem der Kaiser präsidirte, die Rede beschlossen, welche dieser nächsten Montag halten wird. Es soll ihr die Bewunderung aller Anwesenden zu Theil geworden sein. Doch ist es nicht unmöglich, daß, wie es schon oft vorgekommen, der Kaiser übermorgen ganz andere Dinge sagt, als seine Minister heute zu hören belamen. — Die hiesigen Behörden treten fortwährend äußerst streng gegen die Presse auf, und überhaupt gegen Alles, was zu ihr gehört. So fand das Project, demzufolge eine gewisse Anzahl von Schriftstellern einen Verein oder Club bilden wollten, keine Gnade vor ihren Augen, und, um die Sache kurz zu machen, verweigerte die Polizei die Ermächtigung zu einer Vorversammlung, worin über das Project beraten werden sollte. — Die Einziehung der Gutachten über das Genossenschaftswesen ist beendet und man sieht jetzt der Veröffentlichung dieser Actenstücke — etwa 60 an der Zahl — und des Referats des von der Commission zum Bericht erstatter ernannten Hrn. Duvergier entgegen. Jedoch kann man bereits im Allgemeinen die Richtung angeben, welche dem neuen Gesetzentwurf durch die Ergebnisse der Untersuchung vorgezeichnet wird. Dieselbe erstreckt sich der Natur der Sache nach nicht nur auf die eigentlichen Coöperativ-Genossenschaften, sondern mußte auch die den Actien- und Handels-Gesellschaften überhaupt zu Grunde liegenden Principien berühren. Die Nothwendigkeit eines Specialgesetzes für die Genossenschaften wurde allgemein abgewiesen und die Vereinsfreiheit für industrielle und commercielle Zwecke eben so einhellig gefordert. Man sah in den Beschränkungen dieses Rechts den Hauptgrund, weshalb das Associationsprincip in Frankreich noch nicht die Früchte getragen, wie in England und Deutschland. Der einfachste und radicalste Vorschlag wäre daher, wie Olivier verlangte, den jetzt geltenden Titel über die Gesellschaften durch einen Artikel zu ersetzen, welcher die vollständige Freiheit der ökonomischen Association feststellt. Andere jedoch, namentlich J. Simon, schlugen das weniger durchgreifende Mittel vor, in das bestehende Gesetz noch als besondere neue Form die Gesellschaft mit veränderlichem Kapital und veränderlichem Personal einzuführen. Eine dritte Ansicht endlich will nur eine liberalere Modification der bereits bestehenden Bestimmungen, durch welche der Bildung der Gesellschaften und Genossenschaften ein größerer Spielraum eröffnet würde.

\* **London**, 19. Jan. [Die „Times“ abermals über das Fenierrthum und Irland.] Welche tiefgehende Bedeutung im Grunde die feniische Bewegung haben muß, scheint uns am deutlichsten daraus hervorzugehen, daß die „Times“ nicht müde werden, immer wieder und wieder in großen Leitartikeln darauf zurückzukommen. Sie bringen neuerdings einen solchen Artikel, in welchem auszuführen gesucht wird, daß das Fenierrthum nichts weiter als der roheste Communismus sei, der sich gegen alle politischen Fragen durchaus theilnahmlos verhalte und alle Personen, die nicht zu seiner Fahne schwören, ganz gleich behandle. Das Blatt schreibt:

Das Fenierrthum in Irland ist, das liegt klar zu Tage, nichts weiter als der roheste Communismus, der sich gegen alle politischen Fragen durchaus theilnahmlos verhält und alle Personen, die nicht zu seiner Fahne gehöben, ganz gleich behandelt. Der Edelmann auf seinem Schlosse, der Händler in seinem Laden, der Pächter in seinem Meierhof, der Priester in seiner Capelle werden alle als gemeinam Feinde angesehen, die alle umgebracht, ausgeplündert und ausgerottet werden müssen durch die Apostel dieses neuen und unbuldsamen Glaubens. Das Fenierrthum scheint nur Ein Verbrechen zu kennen, und dieses Verbrechen ist der Besitz von Eigenthum. Man sollte doch meinen, daß einer solchen Gefahr gegenüber alle Klassen zusammenstehen müßten. Die unteren Stände in Irland haben mit den höheren gebrochen: der wirkliche Conflikt geht nicht, wie so oft dargestellt worden ist, zwischen Irland und England, auch nicht zwischen zwei althergebrachten irischen Parteien, sondern zwi-

schen denen, die nichts haben, und denen, die etwas zu verlieren haben. Würde das Menschengeschlecht durch Vernunft, statt durch Vorurtheil und Leidenschaft regiert, so müßte die jegige Zwietracht Irlands zur Heilung führen und die Fenierr würden ihrem Lande wider Willen eine fast eben so große Wohlthat erweisen, als sie jetzt Unheil über dasselbe zu bringen trachten. Die so lange den verschiedenen Klassen Irlands immer vergebens gepredigte Eintracht wird jetzt durch die gemeinam Noth befürwortet und durch die gemeinam Furcht begründet. Eine Klasse in Irland giebt es, die durch den Aufstand der Fenierr in eine ganz besonders peinliche Lage gekommen ist. In den letzten drei Jahrhunderten ist es die Politik der Regierung von Irland gewesen, die römisch-katholischen Priester von den freiwilligen Gaben ihrer Herde leben zu lassen. Die Folge davon war, daß Priester und Volk zu einander in jene nähere Beziehung traten, die aus dem Austausch von Wohlthaten entsteht. Aber es geschah mehr. Die Priester mußten, um sich eine anständige Existenz zu sichern, sich den Vorurtheilen und Anschauungen ihrer Herden anbequemen. Statt zu leiten, mußten sie sich leiten lassen.

Hierauf wird, nach einer weiteren Auseinandersetzung dieses Verhältnisses, der Rath ertheilt, die „jezt so günstige Gelegenheit“ zu benutzen und den „römisch-katholischen Clerus auf Staatskosten zu besolden.“ Die halbe Million, die dazu erforderlich wäre, könnte gar nicht besser angelegt sein. „Friede und Eintracht, Gehorsam gegen das Gesetz und Sicherheit des Eigenthums sind mehr werth, als Flotten und Armeen. Wenn die Geistlichen in ihrem Lebensunterhalt nicht mehr von der Volksgunst abhängen, werden sie mit mehr Muth und Ansehen gegen das Fenierrthum auftreten können.“

\* **Spanien**. [Der Aufstand.] „Prim hat Verlanga verlassen und ist nach Segura gerückt.“ So wird aus Madrid, 19. Jan., telegraphirt. Die Bewegung nach Andalusien auf der Straße, die nördlich von der Sierra de Constantina durch den Süden von Estremadura zieht, bestätigt sich also. Segura de Leon liegt hart an der andalusischen Gränze. Die Nacht vorher hatte dieses Corps in Buenvenida zugebracht. Der Vortrag, der bereits am 18. in Andalusien eingerückt war, traf in Fresnel de la Sierra Abends 6 Uhr ein. Der dortige „Alcalde“ meldete laut einer madriker Depesche vom 20. an die Regierung: „Die Insurgenten verlangten, als sie um 6 Uhr hier einrückten, Rationen, mit dem Vorhaben, Nachtquartier zu machen; da sie aber erfahren hatten, daß Truppen anrückten, so eilten sie um 8 Uhr kopsüber in der Richtung nach der Gränze fort, und Alles spricht für den Glauben, daß sie in Portugal eintreten werden.“ Ohne den „Glauben“ an das Einrücken in Portugal und ohne das „kopsüber“ der Flucht thut es keine madriker Depesche mehr. Der „Moniteur“ dagegen meldet: „Laut den jüngsten spanischen Nachrichten hat Prim die Gränze noch nicht passirt.“ Madrid ist noch immer ruhig; in Catalonien dagegen steigt die Bewegung. Der Befehlshaber der Provinz Tarragona, General Belacz, hat sein Hauptquartier nach Reus verlegt, wo Prim zu Hause ist und von wo er 1843 mit Narvaez zum Sturze des Regenten Espartero auszog, um diesen Ort im Zaume zu halten. Reus liegt im Kreise Bails und Montblanch, wo der Aufstand sich organisiert und eine Bande von 800 Bewaffneten signalisirt wurde. Belacz hat am 15. Januar auf der Eisenbahn Verstärkungen nach Reus und Vilafranca und zu Schiffe nach Tarragona gezogen. Der „Moniteur“ meldet nun: „Zwölf Bataillone Infanterie und eine Schwadron Lanciers wurden dem Commandirenden der Provinz Tarragona zur Verfügung gestellt, um die Banden zu zerprengen.“ Die Insurgenten scheinen wieder die alte Taktik zu beobachten, sich in den Bergen zu organisiren, die Commandirenden zu zwingen, mehr und mehr Barcelona und Valencia zu entblößen, so die Erhebung der großen Städte zu erleichtern und dann Colonnen zum Zuge auf die Hauptstadt zu formiren. Indeß sind die seit den letzten großen Aufständen von Narvaez und O'Donnell gebauten Eisenbahnen und Telegraphen-Linien bedeutend in Rechnung zu ziehen. (Köln. Ztg.)

\* **Schweiz**. [Internationaler Weinbauern-Congress. General-Versammlung der internationalen Arbeiter-Association.] Der internationale Weinbauern-Congress wird im